

Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete (SAB)
Groupement suisse pour les régions de montagne (SAB)
Gruppo svizzero per le regioni di montagna (SAB)
Gruppa svizera per las regiuns da muntogna (SAB)

3001 Bern / Seilerstrasse 4 / Postfach / Tel. 031/ 382 10 10 / Fax 031/ 382 10 16
www.sab.ch info@sab.ch Postkonto 50-6480-3



Bern, 20. April 2018
TK / I 4

Frau Bundesrätin
Doris Leuthard
Vorsteherin UVEK
Kochergasse 10

3003 Bern

info@are.admin.ch

(avec un résumé en français à la fin du document)

Stellungnahme der SAB zum Programm Agglomerationsverkehr

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete (SAB) bedankt sich für die Gelegenheit zur Stellungnahme zum obenstehenden Geschäft. Die SAB vertritt als gesamtschweizerische Dachorganisation die Interessen der Berggebiete in wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Belangen. Mitglieder der SAB sind 22 Kantone, 41 Regionen, rund 600 Gemeinden sowie zahlreiche Organisationen und Einzelmitglieder.

Die Stellungnahme ist gemäss dem übermittelten Fragebogen strukturiert.

Generelle Aspekte zur Vernehmlassungsvorlage

1. Sind Sie mit den Grundzügen der Vorlage einverstanden?

Die SAB ist mit den vorgeschlagenen Verpflichtungskrediten im Rahmen der dritten Generation des Programms Agglomerationsverkehr einverstanden. Allerdings erachtet sie das räumliche Entwicklungsszenario, auf das sich die Vorlage bezieht, als unausgewogen. Sie beantragt deswegen, bei der weiteren Erarbeitung der Vorlage dezentralere raumpolitische Ansätze miteinzubeziehen und deren Auswirkungen auf die Verkehrsnachfrage in den urbanen Zentren und Agglomerationen detailliert aufzuzeigen.

2. Gibt es Aspekte, die Ihrer Ansicht nach zu wenig berücksichtigt wurden?

Die SAB vermisst in der Vorlage eine kritische Analyse der Faktoren, die für die prognostizierte überdurchschnittliche Zunahme des Verkehrsaufkommens in den urbanen Zentren und Agglomerationen verantwortlich sind. Massnahmen, die der zunehmenden Zersiedelung Einhalt gebieten und zu einer Verdichtung der Zentren beitragen, sind angesichts des starken Bevölkerungswachstums zwar durchaus zweckmässig. Allerdings sollten gleichzeitig Strategien entwickelt werden, die der Abwanderung der Bevölkerung aus den sogenannten «peripheren Gebieten», d.h. aus den ländlichen Räumen und den Berggebieten, in die Zentren entgegenwirken und damit dazu beitragen, die Überlastung der Infrastruktur und die hohe Verkehrsnachfrage in diesen Räumen zu reduzieren. Interessanterweise hält der Bundesrat in seinem Bericht selbst fest, dass die vorgesehenen Infrastrukturmassnahmen nicht ausreichen werden, um sämtliche Verkehrsüberlastungen im regionalen Verkehrssystem der Agglomerationen zu vermeiden (S. 35). Angesichts dieser Situation erachtet es die SAB als völlig verfehlt, die Konzentration der Arbeitsplätze in den urbanen Zentren und Agglomerationen ausdrücklich als Ziel der Schweizer Raumentwicklung zu erwähnen, wie dies im erläuternden Bericht festgehalten ist (S. 5). Dieser Ansatz steht nicht nur im Widerspruch zur verfassungsmässigen Vorgabe der dezentralen Besiedlung, sondern auch zur Politik des Bundes für die ländlichen Räume und die Berggebiete, die den Wohn- und Arbeitsstandorten in diesen Gebieten langfristige Entwicklungsperspektiven eröffnen will. Aus Sicht der SAB ist es unerlässlich, bei den Szenarien zur zukünftigen Verkehrsentwicklung in den urbanen Zentren und Agglomerationen auch politische Massnahmen zu berücksichtigen, die die erwartete Belastung der Verkehrsinfrastruktur verringern. Dazu gehören insbesondere die Stärkung einer modernen und leistungsfähigen Grundversorgung in allen Regionen, die Flexibilisierung der Arbeitszeiten, die Förderung der Heimarbeit, die konsequente Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe, insbesondere über eine Anpassung der Förderkriterien der Neuen Regionalpolitik, und der landesweite Ausbau der digitalen Infrastruktur. Zudem ist es notwendig, im Rahmen einer Revision des Raumkonzepts Schweiz differenziertere Ansätze und neue Prioritäten zu entwickeln, die neben den Anliegen der Agglomerationen die Berggebiete und ländlichen Räume wieder stärker berücksichtigen.

Programm Agglomerationsverkehr der dritten Generation

3. Haben Sie Bemerkungen zur dargelegten Ausgangslage?

Wie oben ausgeführt, erachtet die SAB die der Vorlage zugrundeliegende räumliche Entwicklungsstrategie, die explizit eine weitere Konzentration der Bevölkerung und der Arbeitsplätze in den städtischen Zentren und Agglomerationen anstrebt, als unausgewogen. Eine differenziertere Prioritätensetzung ist umso wichtiger, als die Vorlage auf einem langfristigen Planungshorizont beruht, der sich über mehr als zwei Jahrzehnte bis 2040 erstreckt (S. 6). Die dringend notwendige Korrektur der raumpolitischen Entwicklungsszenarien ist nicht nur für die vorliegende Vorlage zum Agglomerationsverkehr, sondern auch für die beiden STEP-Programme im Bereich der Bahninfrastruktur und des Nationalstrassennetzes von Bedeutung, die derzeit ausgearbeitet werden. Zudem vermisst die SAB im Kapitel zur Ausgangslage einen politischen Massnahmenplan, um die Verkehrsnachfrage in den urbanen Zentren und Agglomerationen zu verringern. Auch in diesem Bereich beantragt sie eine Ergänzung der Vorlage.

4. *Sind Sie mit dem Vorgehen der Prüfung der Agglomerationsprogramme des Programms Agglomerationsverkehr der dritten Generation einverstanden? Falls nein, wo sehen Sie Anpassungsbedarf?*

Ja

5. *Sind Sie mit den Ergebnissen der Bundesprüfung einverstanden? Falls nein, wo sehen Sie Anpassungsbedarf?*

Die SAB verweist diesbezüglich auf die Stellungnahmen der Kantone, deren Interessen sie vertritt.

6. *Haben Sie Bemerkungen zu einzelnen Agglomerationsprogrammen bzw. zu einzelnen Massnahmen?*

Nein

Weitere Bemerkungen

7. *Welche weiteren Bemerkungen haben Sie zur Vernehmlassungsvorlage?*

Die SAB formuliert folgende weitere Bemerkungen zur Vorlage:

- Die SAB begrüsst die detaillierten Angaben zur Verteilung der Projekte und finanziellen Mittel des Programms auf die verschiedenen Landesteile. Sie erachtet es als wichtig, dass dem Ziel einer ausgewogenen Berücksichtigung aller Landesteile weiterhin die notwendige Aufmerksamkeit geschenkt wird und die derzeit bestehenden Ungleichgewichte in den nächsten Generationen des Agglomerationsprogramms so weit wie möglich und verkehrspolitisch sinnvoll behoben werden.
- Die SAB hat sich in ihrer Stellungnahme vom 9. Juli 2015 detailliert zum Konzept des «Mobility Pricing» geäussert. Wie bei dieser Gelegenheit ausgeführt, erachtet sie es nicht als zweckmässig, ein «Mobility Pricing» als Verkehrslenkungssystem ins Auge zu fassen, wenn nicht gleichzeitig die Ursachen der Belastungsspitzen mit geeigneten, langfristig angelegten politischen Massnahmen bekämpft werden. Sie beantragt, die entsprechenden Ausführungen (S. 35) in diesem Sinn anzupassen.

Zusammenfassung

Die SAB ist mit den vorgeschlagenen Verpflichtungskrediten im Rahmen der dritten Generation des Programms Agglomerationsverkehr einverstanden. Allerdings erachtet sie das räumliche Entwicklungsmodell, das der Vorlage zugrunde liegt, als unausgewogen. Insbesondere das explizit erwähnte Ziel der weiteren Konzentration der Arbeitsplätze in den urbanen Zentren und Agglomerationen ist verfehlt. Die SAB beantragt deswegen, in der Vorlage folgende Anpassungen vorzunehmen:

- Revision der raumpolitischen Grundlagen der Vorlage und Ausarbeitung dezentraler Entwicklungsszenarien, die dazu beitragen, das erwartete Wachstum der Verkehrsnachfrage in den städtischen Zentren und Agglomerationen nachhaltig zu reduzieren;
- Ausarbeitung eines politischen Massnahmenkatalogs, um die Belastungsspitzen in den städtischen Zentren und Agglomerationen zu dämpfen.

Wir bedanken uns für die Berücksichtigung unserer Anliegen und verbleiben

mit freundlichen Grüssen

SCHWEIZERISCHE ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR DIE BERGGEBIETE (SAB)

Die Präsidentin:

Der Direktor:

Christine Bulliard-Marbach
Nationalrätin

Thomas Egger
Nationalrat

Résumé

Le Groupement suisse pour les régions de montagne (SAB) approuve les crédits d'engagement dans le cadre du programme en faveur du trafic d'agglomération. Le concept de développement territorial sur lequel le projet prend appui est toutefois déséquilibré, en particulier en raison de la concentration prévue des postes de travail dans les centres urbains et les agglomérations. Le SAB demande dès lors d'apporter les modifications suivantes au projet mis en consultation :

- Révision du concept d'aménagement du territoire sur lequel le projet prend appui et élaboration de scénarios de développement décentralisés qui contribuent à une réduction de la demande de transports dans les centres urbains et les agglomérations ;
- Elaboration d'un catalogue de mesures politiques afin de réduire la demande de transports durant les heures de pointe dans les centres urbains et les agglomérations.